

**Niederschrift zur 2. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Prävention und Integration
am Montag, den 3. Februar 2020 um 17.00 Uhr im Sitzungssaal des
Ortsamtes Vegesack, Gerhard-Rohlf's-Straße 62, 28757 Bremen**

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:45Uhr

Vorsitzende: Maren Zilm
Schriftführerin: Karen Rockstein

Tagesordnung:

1. Genehmigung der 1. Niederschrift vom 9.10.2019
2. 10 Jahre Szenetreffpunkt Vegesack
 - Aktuelle Situation
 - Weitere Entwicklung und Bedarfe
3. Vorstellung der Arbeit des Täter-Opfer-Ausgleichs Schlichten in Nachbarschaften
 - Aktuelle Situation und Perspektiven
4. Situation der Jugendeinrichtungen im Stadtteil
 - Jugendfreizeitheim Alt-Aumund
 - Jugendcafé am Haven Hööv't
 - Mädchentreff Lilas Pause

Anwesende Mitglieder:

Eyfer Tunc für Kirsten Löffelholz Iris Spiegelhalter-Jürgens Klaus-Dieter Bless Gaby Jäckel Kyra Behrje Gordon Wirth (beratend) Brigitte Palicki (beratend) für	Katharina Scharf ab 17:15 Uhr Greta Frenzel (beratend)
--	--

Es fehlt:

Marvin Mergard

Weitere Teilnehmende:

Herr Kötteritzsch Frau Wesemann Frau Kähler Frau Bänsch Herr Winter Herr Hilbers Herr Ganske Frau Dahnken Frau Lisowenko Herr Mann Herr Kiefel	Revierleiter in Vegesack Innere Mission Innere Mission Evangelische Kirche Täter-Opfer-Ausgleich Täter-Opfer-Ausgleich Quartiersmanager Grohn FreiZi Alt-Aumund FreiZi Alt-Aumund Jugendcafé Haven Hööv't Jugendcafé Haven Hööv't
--	---

Frau Zilm begrüßt die Gäste und stellt fest, dass die Einladungen form- und fristgerecht eingegangen sind. Änderungen zur Tagesordnung liegen nicht vor, die Tagesordnung wird beschlossen.

Tagesordnungspunkt 1

Genehmigung der 1. Niederschrift vom 9.10.2019

Die Niederschrift wird wie vorliegend beschlossen.

Tagesordnungspunkt 2

10 Jahre Szenetreffpunkt Vegesack

Frau Zilm begrüßt Frau Wesemann, Frau Kähler sowie Frau Bänsch und im Publikum Herrn Thomas Pörschke. Herr Pörschke ist Mitglied der Bremischen Bürgerschaft, Mitglied der Sozial-Deputation, Sprecher der Fraktion DIE GRÜNEN für Obdachlosenpolitik sowie Sprecher der Fraktion DIE GRÜNEN für Bremen-Nord.

Der Szenetreffpunkt besteht nun seit 10 Jahren. Frau Zilm bittet Frau Wesemann über die aktuelle Situation des Szenetreffs zu berichten.

Frau Wesemann berichtet, dass der Szenetreffpunkt ein Ort ist, an dem man sich tagsüber aufhalten kann um sich zu begegnen und miteinander zu sprechen. Er wird täglich von ca. 20 bis 50 Menschen aufgesucht. Die meisten von Ihnen sind Drogen- oder Alkoholabhängig aber in Besitz von Wohnraum. Die Altersgruppe liegt zwischen ca. 20 bis 70 Jahre. Die Aufgabe von Frau Wesemann besteht im Wesentlichen darin die Leute zu begleiten, zu bestärken und Ihnen Mut zuzusprechen. Frau Wesemann hilft den Betroffenen unter anderem auch bei der Bewältigung der Post oder telefoniert mit deren Bewährungshelfern. Häufig wird den Betroffenen der Strom abgestellt oder es droht ihnen Wohnraumverlust. Frau Wesemann nimmt auch Hausbesuche wahr, begleitet die Betroffenen zu Ärzten oder anderen Fachdiensten. Seit 3 Jahren wird auf dem Szenetreffpunkt, zu 100 Prozent Spendenfinanziert, zweimal im Monat Suppe ausgegeben. Die Menschen, die den Szenetreffpunkt aufsuchen leben in der Regel von Arbeitslosengeld Zwei (Hartz Vier).

Frau Zilm macht darauf aufmerksam, dass gerade die kalte und nasse Winterzeit für die Besucher des Szenetreffpunkts eine erschwerte Situation darstellt. Im Szenetreffbeirat entstand daher die Idee einen Container aufzustellen, damit wenigsten tagsüber die Möglichkeit gegeben ist, dass die Menschen sich im Warmen aufhalten können.

Frau Kähler stellt das dem Ausschuss vorliegende „Eckpunktepapier“ (siehe Anlage) zu einer Containerlösung in Trägerschaft des Vereins für Innere Mission in Bremen vor. Frau Kähler fände es wünschenswert und auch sinnvoll den Container ganzjährig nutzen zu können.

Der Ausschuss fasst folgenden, einstimmigen Beschluss:

Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport sowie die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz werden aufgefordert, die Vorschläge des Eckpunktpapiers zu prüfen und ggf. umzusetzen und die Unterhaltung einer Betreuung durch eine Fachkraft zu finanzieren. Die Senatorin für Kinder und Bildung wird darüber hinaus um Auskunft gebeten, ob das freistehende Hausmeisterhaus an der Kerschensteiner Schule für diesen Zweck genutzt werden könnte.

Tagesordnungspunkt 3

Vorstellung der Arbeit des Täter-Opfer-Ausgleichs „Schlichten in Nachbarschaften“

Frau Zilm begrüßt Herrn Winter und Herrn Hilbers vom Täter-Opfer-Ausgleich (TOA) sowie Herrn Ganske, den Quartiersmanager der Grohner-Düne.

Sie erläutert, dass der Täter-Opfer-Ausgleich jedes Jahr wieder aus WIN-Mitteln finanziert werden muss. Ca. 75.000 Euro an WIN-Mitteln erhält das WIN-Gebiet Grohn jedes Jahr. Mit diesen Geldern werden die verschiedensten Projekte finanziert und es fällt jedes Jahr schwerer, die notwendigen Mittel für den TOA davon aufzubringen.

Sie berichtet, dass der Beirat Vegesack sich bereits mehrmals mit diesem Thema beschäftigt hat und folgende Beschlüsse gefasst hat.

Am 10. Dezember 2015

Der Senator für Justiz und Verfassung und die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport werden aufgefordert, die erforderliche Arbeit des TOA im Quartier-Grohner Düne im bisherigen Umfang dauerhaft zu gewährleisten. Der Beirat stellt fest, dass es sich hierbei um eine Regelaufgabe handelt.

Daraufhin gab es eine Antwort vom Justizressort, dass es nur für den von Gerichten angeordneten TOA zuständig ist und es im Entscheidungsbereich der Stadtteile liegt, ob der TOA aus Fördermitteln aus WIN finanziert werden soll - Letztere Antwort kam auch vom Sozialressort. Das ist jedoch immer sehr schwierig, weil über die Mittelvergabe immer ein Konsens hergestellt werden muss, egal, wer gerade an der Veranstaltung teilnimmt oder nicht.

Am 4. April 2019 beschloss der Beirat nochmals:

Das für den Täter-Opfer-Ausgleich zuständige Fachressort wird aufgefordert, im kommenden Haushalt Mittel für die Absicherung des Täter-Opfer-Ausgleichs im Stadtteil Vegesack einzustellen.

Daraufhin kam vom Justizressort erneut eine umfangreiche Darstellung, dass das Justizressort nicht zuständig sei und die Bitte, darauf bei einer Beiräte Konferenz hinzuweisen.

Herr Hilbers berichtet von seiner Arbeit. Er nennt Zahlen und Fallbeispiele, die dem Ausschuss vorliegen (siehe Anlage).

Die Finanzierung sieht so aus, dass jährlich für die Schlichtungsstellen in Lüssum und Grohn WIN-Gelder beantragt werden müssen. In der WIN-Sitzung am 17.12.2019 wurde ein Antrag abgelehnt, bzw. nicht bewilligt. Es wurde dann ein Kompromiss geschlossen, dass zumindest für die nächsten drei Monate die Tätigkeit noch weiter ausgeführt werden kann. Zum jetzigen Stand muss die Schlichtungsstelle zum 01. April 2020 geschlossen werden.

Der Ausschuss fasst folgenden, einstimmigen Beschluss:

Der Ausschuss bekräftigt die Beschlüsse des Beirates Vegesack vom 10. Dezember 2015 sowie vom 04. April 2019.

Der Täter-Opfer-Ausgleich, die Schlichtungsstelle in der Grohner Düne muss institutionalisiert werden, damit die für die Opfer aber auch Täter wichtige Arbeit des Täter-Opfer-Ausgleichs „Schlichten in Nachbarschaften“ langfristig abgesichert ist. Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport sowie der Senator für Inneres werden aufgefordert, die Kosten in Höhe von 13.000 Euro für diese kostenvermeidende Präventivmaßnahme zu übernehmen.

Der Beirat wird gebeten in diesem Jahr das Projekt mit Globalmitteln zu unterstützen und ein Signal zu setzen.

Tagesordnungspunkt 4

Situation der Jugendeinrichtungen im Stadtteil

Frau Zilm begrüßt die Gäste und erläutert, dass im Beirat über den Controllingausschuss berichtet wurde und eine Beratung im Sozialausschuss empfohlen wurde. Das Problem im Controllingausschuss war, dass die Gelder, die für die Jugendarbeit für 2020 zur Verfügung gestellt wurden nicht angepasst wurden und durch gestiegene Personalkosten für Projekte am Ende weniger Geld zur Verfügung steht. Geladen waren auch Vertreter des Amtes für soziale Dienste, die sich aber für ihr urlaubsbedingtes Fehlen am heutigen Abend entschuldigen. Frau Zilm verliest einen Bericht des Referatsleiters Herrn Imhoff. Sie bittet die anwesenden Mitarbeiter der betroffenen Einrichtungen um einen kurzen Bericht.

Die Mitarbeiter der Jugendeinrichtungen FreiZi Alt-Aumund, Jugendcafé Haven Hööv't sowie aus dem Mädchentreff Lilas Pause berichten, dass in allen Einrichtungen zu wenig Personal vorhanden ist, um eine adäquate Jugendarbeit leisten zu können.

Der Ausschuss fasst folgenden, einstimmigen Beschluss:

Der Ausschuss bedankt sich bei den Jugendeinrichtungen für die engagierte Arbeit. Der Ausschuss fordert die Senatorin für Soziales, Integration und Sport auf, die für die Jugendeinrichtungen notwendigen finanziellen Mittel in diesem Jahr noch bereit zu stellen die ursprünglich geplant waren. Die Mittel für die Jugendeinrichtungen sollen, wie im Rahmenkonzept festgeschrieben, jährlich um 3,5 Prozent erhöht werden. Für die Verwaltungskosten soll für alle Stadtteile gleich, die Summe von 6 Prozent der bewilligten Summe bereitgestellt werden.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Ende der Sitzung 17:15 Uhr

Zilm
Vorsitzende

Rockstein
Schriftführerin

Behrje
Ausschusssprecherin